



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian Ritter, Stefan Schuster, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Annette Karl, Ruth Müller, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und Fraktion (SPD)

**Entschlossen und konsequent gegen islamistischen Extremismus und Terror!
Demokratie und Rechtsstaat verteidigen und schützen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt die islamistischen Terroranschläge der letzten Wochen und Monate, die eine neue Welle von mörderischer Gewalt über Europa gebracht haben.

Die Anschläge von Wien und Nizza, der brutale Mord an dem Lehrer Samuel Paty in Paris, der islamistisch motivierte Mord in Dresden beweisen, dass die Bedrohung durch islamistischen Terror ungebrochen hoch ist.

Auch weiterhin ist die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze gegenüber Straftätern und Gefährdern ein zentraler Baustein bei der Bekämpfung terroristischer Gewalt.

Im Kampf gegen islamistische Einstellungen und Gewalt unterstützt der Landtag alle Maßnahmen, die Prävention, Deradikalisierung und entschlossenes rechtsstaatliches Handeln in der Terrorbekämpfung sicherstellen.

Insbesondere fordert der Landtag:

- die Bemühungen von Staat und Zivilgesellschaft zu verstärken, die Werte unserer Verfassung und Demokratie sowie Toleranz und Respekt nachhaltig zu fördern und die Achtung vor den Grundlagen unseres Zusammenlebens bei allen einzufordern.
- Die intensivierete wissenschaftliche Erforschung von Ursachen islamistischer Radikalisierung ist eine wichtige Grundlage für wirksame Prävention, Deradikalisierungsprogramme und Sicherheitspolitik; diese Forschung muss gestärkt und ausgebaut werden.
- dass die Staatsregierung wissenschaftliche Erkenntnisse aus bestehenden Studien, der Arbeit der Enquetekommission „Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben“ und diversen Fachanhörungen im Landtag auswertet und auch auf dieser Grundlage umfassende Handlungsstrategien vorlegt.
- bestehende Präventions- und Deradikalisierungsprogramme, insbesondere auch in Justizvollzugsanstalten zu stärken und auszubauen.

Der Landtag fordert darüber hinaus die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern sowie den europäischen Staaten insbesondere im Hinblick auf:

- die Auswertung, Analyse und Bekämpfung von propagandistischen Radikalisierungsplattformen und Netzwerken im Internet und
- die Bekämpfung von Gefährdernetzwerken.

Demokratie- und staatsfeindliche Bedrohungen jeglicher Art dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sowohl Rechtsextremisten als auch Dschihadisten sind akute terroristische Bedrohungen. Sie feuern sich gegenseitig an. Wer Europa schützen und seine Werte bewahren will, muss in der Lage sein, beide – Rechtsextremisten als auch Dschihadisten – zu bekämpfen.